

EP-F-01 Kapitel 3: Sichern, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verteidigen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

- 1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte
2 unseres
3 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem
4 Prinzip „Recht
5 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den
6 Schutz
7 von Minderheiten und für ihre eigene Demokratisierung getan.
- 8 Europas Werte sind: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und
9 Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die Bewohner*innen der Europäischen
10 Union tragen.
- 11 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische,
12 reaktionäre,
13 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
14 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Sie hassen die liberale Demokratie. Und deshalb
15 hassen
16 sie den Traum von einem Europa, das sich sozial erneuert, in dem Menschen sich frei
17 begegnen
18 können, in dem nationale Kompetenzen gebündelt werden, um Freiheit, Sicherheit und
19 Recht zu
20 gewährleisten.
- 21 Daher gilt es jetzt umso mehr, die Werte Europas zu verteidigen. Wenn nationale
22 Regierungen
23 Rechte von Andersdenkenden mit Füßen treten und die Unabhängigkeit von Justiz oder
24 Presse in
25 Frage stellen, stärken wir gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen
26 Mitgliedstaaten. Wenn Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch
27 Korruption
28 untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die
29 EU-
30 Gelder entziehen können. Wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion,
31 ihrer
32 Herkunft oder ihres Aussehens im Netz angegriffen werden, stellen wir
33 Hasskommentare im
34 Internet EU-weit unter Strafe. Wenn Menschen sich aus Not in die Hände von
35 Schleppern und
36 Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Fluchtwege und ein
37 Einwanderungsgesetz,
38 damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und Einwanderung geordnet ermöglicht
39 wird.
- 40 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**

24 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,
25 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der
26 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Diese Kopenhagener Kriterien
27 bilden das
28 Fundament der EU.

28 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer autoritärer
werden,
29 Pressefreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren, die Unabhängigkeit der Justiz
oder
30 die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU häufig nur ratlos daneben.

31 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten
stärken.
32 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die
eine
33 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende
Punkte zur
34 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

35 Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen

36 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen
37 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in
allen
38 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der
EU
39 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso wie

40 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter
41 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta allerdings
nur
42 für europäische Gesetze. Für nationale Gesetze gelten die Grundrechte des jeweiligen
Landes.
43 Deswegen konnte die Europäische Kommission beispielsweise bei der Einschränkung der
44 Pressevielfalt durch die Regierung von Viktor Orbán in Ungarn nicht angemessen
agieren.

45 Der Anwendungsbereich der Grundrechtecharta muss deshalb auch auf die nationale
Gesetzgebung
46 ausgeweitet werden. Damit könnten alle Bürgerinnen und Bürger die in der Charta
enthaltenen
47 Grundrechte und demokratischen Prinzipien gegenüber ihren jeweiligen
Nationalstaaten
48 einklagen. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie
und
49 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien
50 angegriffen werden.

51 Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-Mitgliedstaaten

52 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien
oder gar

53 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen. Der
54 EU
55 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen
56 brauchen
57 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert*innen, das alle Mitgliedsländer
58 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen
59 dafür
60 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf Grundlage
61 der
62 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,
63 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte
64 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das
65 Europaparlament
66 besetzt werden.

67 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle
68 Mitgliedsländer
69 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Die Ergebnisse werden im
70 Europaparlament, im Europäischen Rat und in den nationalen Parlamenten diskutiert.
71 Bei
72 akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
73 Rechtsstaatlichkeit
74 durch einzelne nationale Gesetze erstellt die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt
75 der
76 Europäischen Kommission Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

77 Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte
78 binden

79 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von
80 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren
81 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedslandes führen
82 kann.

83 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu reagieren.
84 Dazu
85 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn
86 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

87 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht nur
88 die
89 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb sollten die Gelder
90 nicht
91 einfach dem betroffenen Mitgliedsland an sich gestrichen werden. Stattdessen sollen
92 die
93 Mittel im Fall einer Verletzung von demokratischen Prinzipien direkt von der EU-
94 Kommission
95 an Kommunen oder andere Antragsteller*innen vergeben werden. So kann das Geld
96 weiterhin dort
97 ankommen, wo es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge
98 nicht mehr
99 bei den nationalen Regierungen.

100 Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle

83 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei
84 der Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die
85 Europäische Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich
86 nicht alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen.
87 Aber wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die
88 rechtmäßige Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren.
89 Wenn ein Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteure ausgezahlt
90 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.

91 Whistleblower schützen

92 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden.
93 Daher ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-
94 Finanzen nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der
95 Grünen-Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag
96 gemacht, um europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der
97 Bevölkerung Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben müssen.
98 Nun gilt es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen
99 Zeugenschutzprogramms, um Whistleblower vor Racheakten zu schützen.

100 Unterstützung von Zivilgesellschaften in der EU

101 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum
102 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler*innen und Journalist*innen systematisch
103 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht
funktionieren.

104 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking
spaces“)
105 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger*innen
106 innerhalb der EU sinnvoll. So können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen,
107 unterstützt werden.

108 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 109 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,
- 110 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen
111 EU-Mitgliedstaaten,
- 112 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen
Werte,
- 113 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,
- 114 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist*innen in der EU.

115 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

116 Wir wollen die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene noch demokratischer
machen, das
117 Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger
verbessern.

118 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und
dem
119 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der
120 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend
ändern:
121 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat
entscheiden
122 können. Langfristig treten wir dafür ein, den Rat in eine zweite Kammer zu überführen,
die
123 aus den Regierungen der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist. Diese zweite Kammer
bildet
124 zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.

125 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per
126 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das
betrifft
127 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die Steuerpolitik.
Damit
128 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer
129 grundlegende Entscheidungen, zum Beispiel in der Gemeinsamen Außen- und
Sicherheitspolitik,
130 blockieren können.

131 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist
der Rat
132 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar,
welches
133 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle
134 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

135 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter*innen, die in Brüssel
aktiv

136 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz
zum

137 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Hier
werden

138 wir uns weiter hartnäckig für die größtmögliche Transparenz einsetzen.

139 Demokratie bedeutet: Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische
140 Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million Unterschriften neue EU-
141 Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den ersten kleinen Schritt zu

142 direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur Teilhabe stärken,
ausbauen

143 und entbürokratisieren. Vor allem wollen wir dafür sorgen, dass erfolgreiche
Europäische

144 Bürgerinitiativen nicht wirkungslos verpuffen. Sollte die EU-Kommission nicht innerhalb
145 eines Jahres nach einer erfolgreichen Bürgerinitiative einen Gesetzesvorschlag
vorlegen,

146 kann das Europäische Parlament den Druck mit einem legislativen Initiativbericht
erhöhen.

147 Auch Jugendliche ab 16 Jahren sollen bei einer Europäischen Bürgerinitiative
mitstimmen

148 dürfen.

149 Wir unterstützen weiterhin das Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen und
150 transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer transnationalen Liste besteht,
sollten

151 die Spitzenkandidat*innen eine europäische Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an
der

152 Position fest, dass Präsidentin oder Präsident der Europäischen Kommission nur werden
kann,

153 wer zuvor als Spitzenkandidat angetreten war.

154 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das
Recht,

155 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu
Parlamentsanhörungen

156 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung
eines

157 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.

158 Wer GRÜN wählt, stimmt für

159 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,

160 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,

161 • ein verbindliches Lobbyregister,

162 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

163 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen**

164 Europa war und ist ein Kontinent der Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten
innerhalb

165 Europas von einem in ein anderes Land gezogen, haben den Kontinent verlassen, sind
von hier
166 geflohen oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau der Grenzen innerhalb Europas und
das
167 Recht auf Freizügigkeit war und ist eine der größten Errungenschaften, denn der
Wohlstand
168 der Europäischen Union beruht nicht nur auf der Freiheit von Waren, Dienstleistungen
und
169 Kapital. Essenziell für das Zusammenwachsen Europas war stets die Freizügigkeit der
170 Arbeitnehmer*innen. Möglich wurde dies, weil Europa früh Beschränkungen und
bürokratische
171 Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf dem Arbeitsmarkt zu begünstigen,
unter
172 anderem dadurch, dass Familienmitglieder von Arbeitnehmer*innen selbstverständlich
die
173 gleichen Rechte wie Inländer*innen erhalten.

174 Doch wir haben die letzten Monate vor dem Hintergrund der globalen
Fluchtbewegungen erleben
175 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Sie zu
erhalten und
176 gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer zentralen Aufgaben.
Zu
177 einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik sollten alle EU-Staaten
178 beitragen.

179 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen
werden. Bis
180 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame Antwort auf
Migration und
181 Flucht gegeben. Tagtäglich ertrinken Menschen bei der Fahrt über das Mittelmeer. Wir
haben
182 schon vor Jahren festgestellt, dass das Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem
Land Asyl
183 beantragen müssen, das sie zuerst betreten haben, ungerecht und gescheitert ist. So
ist es
184 im September 2015 auch gekommen.

185 Dieses System gilt jedoch noch immer. Damit wird die Verantwortung aber weiter
einseitig auf
186 die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der EU abgewälzt, statt eine
faire
187 Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren.

188 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das
Grundrecht
189 auf Asyl und die Notwendigkeit, Verfahren zügig und geordnet durchzuführen,
zusammenbringt.

190 Ein Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen
müssen,
191 Schutz gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen
abzuschotten.

192 Ein Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa,

das
193 Asylsuchenden ein faires Verfahren garantiert und seine Grenzen kontrolliert. Ein
Europa,
194 das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge bekämpft. Ein Europa, das das Sterben im
Mittelmeer
195 beendet.

196 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auch wenn nicht alle, die kommen, bleiben
können.
197 Auf dieser Grundlage setzen wir uns für einen gemeinsamen Aufbruch einer
humanitären
198 Koalition von Mitgliedstaaten und Kommunen ein, die gemeinsam die Ärmel
hochkrempeln und
199 sich solidarisch an der Aufnahme von Geflüchteten beteiligen wollen.

200 Europäisches Einwanderungsgesetz für legale (Arbeits-)Migration

201 Bis heute sind Europäer*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie
202 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele quasi unmöglich.
203 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des
Fachkräftemangels
204 auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland. Ein europäisches
Einwanderungsgesetz
205 mit gemeinsamen Rahmenregelungen für sichere und legale Einwanderung in die EU
soll dabei
206 helfen, gleiche Standards in Europa für die Zuwanderung von Menschen mit
verschiedenen
207 Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren. Bei der Ausgestaltung der
Regelungen
208 geht es uns darum, die vielfältigen Chancen der Migration für Migrant*innen,
Ursprungs- und
209 Empfängerländer zu nutzen. Da bislang nur ein europäisches System der
Arbeitsmigration für
210 Hochqualifizierte besteht, gehen jedoch auch potenzielle Migrant*innen den Weg über
das
211 Asylsystem und scheitern.

212 Legale Fluchtwege schaffen

213 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die
214 angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer
aufs
215 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen. Wir wollen, dass
Menschen
216 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege nach Europa auf sich nehmen müssen. Die
EU-
217 Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive sowie
218 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des
politischen
219 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dafür sind
220 Familienzusammenführungen sowie großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente
nötig,
221 insbesondere über das Resettlement-Programm des UNHCR oder über humanitäre Visa.

Über diese
222 beiden Programme können Menschen auf der Flucht, zum Beispiel aus UN-
Flüchtlingslagern in
223 Jordanien, dem Libanon oder der Türkei, in festen Kontingenten in Deutschland und
anderen
224 EU-Mitgliedstaaten geordnet Schutz finden.

225 Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer
226 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine
unerträgliche
227 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken und sogar in
der EU
228 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert wird.
229 Zivilgesellschaftliche Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort
einspringen,
230 wo der Staat versagt oder seine Schutzpflicht sogar wissentlich verweigert, dürfen nicht
231 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben,
dafür
232 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht.
Gleichzeitig
233 sind wir überzeugt, dass Seenotrettung eine staatliche Aufgabe ist. Wir fordern, dass
die EU
234 ihre humanitären Pflichten endlich wahrnimmt, ein europäisch organisiertes und
finanziertes
235 ziviles Seenotrettungssystem aufbaut und sich an das völkerrechtlich verbrieft
236 Nichtzurückweisungsgebot hält.

237 Europäische Grenz- und Asylbehörde schaffen und Menschen human erstunterbringen
238 Zentraler Bestandteil einer menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und
239 Migrationspolitik ist, dass die EU-Außengrenzen kontrolliert und Asylsuchende dort
240 zuverlässig registriert und erstversorgt sowie die Daten abgeglichen werden. Denn
241 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im
Inneren
242 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Auch um zu verhindern, dass
mögliche
243 Terrorist*innen oder Straftäter*innen untertauchen. Aber Grenzkontrolle darf nicht
heißen:
244 Niemand kommt mehr rein.

245 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz
der
246 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, anstatt
einer
247 einseitigen Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde EASO in
ihren
248 Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine
249 schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung
und die
250 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen

europäischen
251 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.
252 Essenziell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und personelle
253 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer
umfassenden
254 Erstversorgung und Registrierung die Menschen auf Grundlage des
Verteilungsmechanismus in
255 die anderen EU-Staaten weitergebracht werden. Zustände wie in den Hot Spots auf
Lesbos sind
256 mit den Werten Europas nicht vereinbar und müssen dringend beendet werden, indem
Menschen
257 aus diesen Lagern in EU-Staaten aufgenommen werden.
258 Abgesperrte Massenlager in der EU und europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen
wir
259 ebenso ab wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten
zurückgeschickt
260 werden, die die Menschenrechte und internationales Recht mit Füßen treten. Dem
Umbau des
261 Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm zum Abbau von
262 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.
263 Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen Verteilmechanismus
264 voranbringen
265 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten
beitragen. Das
266 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta
und
267 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht.
Eine Reform
268 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb
269 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die
Ministerinnen und
270 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich
den Weg
271 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle
EU-
272 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen
können,
273 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und
geordneten
274 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen
möchten, fordern
275 wir Direkthilfen der EU.
276 Viele regionale und kommunale Behörden sind mit einer Fülle von konkreten
Herausforderungen
277 konfrontiert: Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung.
Dies
278 spiegelt sich bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im

Rahmen des
279 Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte
280 daher Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten
direkt mit
281 einem kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Eine besondere Unterstützung
sollten dabei
282 die Städte und Kommunen erhalten, die sich direkt an dem europäischen
Verteilmechanismus
283 beteiligen.

284 Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein, die nicht unter
dem
285 Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen.

286 Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen

287 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen kein anderer Grund
gegen eine
288 Rückkehr spricht, müssen Europa auch wieder zügig verlassen. Dazu sollten europaweit

289 freiwillige Ausreisen stärker unterstützt werden. Beim Abschluss von
Rückführungsabkommen
290 wollen wir denjenigen Ländern im Gegenzug Unterstützungen anbieten, die ihre
Staatsbürger
291 schnell und unbürokratisch wieder aufnehmen. Das ist der erfolgreichere Weg, als
darauf zu
292 bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen Staatsbürger*innen auch
sogenannte
293 Drittstaatler*innen zurücknehmen, also Menschen, die auf ihrem Weg das Land
lediglich
294 durchquert haben. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab.
Menschen,
295 die bereits in Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines
296 Spurwechsels ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben
können.

297 Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Menschen auf der Flucht

298 Die beste Flüchtlingspolitik ist für uns diejenige, die dafür sorgt, dass weniger
Menschen
299 auf der Welt gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Auch wir in Europa wollen dazu
mehr
300 beitragen. Viele Ursachen der Flucht liegen nicht in unseren Händen. Oft stehen
korrupte und
301 rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den Herkunftsländern im Weg.
Doch es
302 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie
haben
303 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

304 Wir stehen deshalb für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist
305 und Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der
Wirtschaft
306 in den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen

den

307 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die ärmsten Staaten
beim
308 Klimaschutz sowie bei der Anpassung an Klimaveränderungen und treten für eine
ökologische
309 Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein. Außerdem gehören
europäische
310 Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt, genauso wie Rüstungs-
und
311 Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete. All das bekämpft Fluchtursachen wirklich
und
312 hilft den Menschen vor Ort.

313 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 314 • ein europäisches Einwanderungsgesetz, das legale Migration ermöglicht,
- 315 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
- 316 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
317 Verteilungsmechanismus,
- 318 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

319 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

320 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen
Bereiche
321 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung
ist lange
322 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch
einiges zu
323 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

324 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die
325 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter
verschärfen.

326 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an
327 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich
antiemanzipatorische
328 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche,
Sexualaufklärung und
329 Gleichberechtigung zu starten.

330 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

331 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als
Männer.

332 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen
Kollegen.

333 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in
der

334 Pflege oder der Kinderbetreuung. In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander

als in
335 allen anderen europäischen Staaten.

336 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die
337 Vergleichbarkeit von Arbeitsplätzen festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter
für
338 alle schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der
339 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die
Frauen nicht
340 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir wollen die
341 Einflussnahme von Frauen in Macht- und Führungspositionen stärken und unterstützen
den
342 Vorschlag der EU-Kommission für eine Frauenquote in den Aufsichtsräten großer
Firmen. Wir
343 wollen gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen
344 verpflichtend paritätisch besetzt werden.

345 Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung

346 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen
Körper und
347 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –
348 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche
massiv
349 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung,
350 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle
351 sichergestellt sein.

352 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument
zur
353 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist
eine große
354 Errungenschaft der EU, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert
werden
355 kann. Wir setzen uns dafür ein, dass diese wichtige Vereinbarung konsequent in den
EU-
356 Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

357 Darüber hinaus fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele
358 vorgibt, damit Frauen und Mädchen besser geschützt werden. Die EU sollte bestehende
359 Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken, damit Frauenhäuser
ausreichend
360 finanziert sind.

361 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von
Arbeitskraft muss
362 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts,
durch
363 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und
Sozialrechte
364 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach
in

365 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und
366 ein
367 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft
368 deutlich
369 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.
370 Gleichberechtigungs-Check im EU-Haushalt
371 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen
372 von
373 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen
374 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting.
375 Um
376 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer
377 verlässlichen
378 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und
379 geschlechtsspezifischen
380 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss
381 dafür besser finanziert werden.
382 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 383 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- 384 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,
- 385 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

380 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und** 381 **Queer*Menschen (LSBTIQ*)** 382 **stärken**

383 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von
384 sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.
385 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und einigen
386 anderen
387 EU-Ländern nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten. Obwohl vielerorts
388 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen
389 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.
390 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie
391 Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum
392 Gesellschaftsideal zu
393 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der
394 Europäischen Union.
395 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ* und stellen uns den Angriffen
396 gegen ihre
397 Gleichberechtigung entgegen.
398 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die
399 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und
400 Queer*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität

und
396 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte
Angriffe
397 auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Diskriminierung aufgrund
von
398 sexueller und geschlechtlicher Identität befassen.
399 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit
und das
400 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.
401 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
402 Regenbogenfamilien und die damit verbundene Anerkennung ihrer Rechte. Der
Europäische
403 Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem Mitgliedsland anerkanntes
404 eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden muss. Jetzt
gilt es,
405 diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.
406 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In
Ländern
407 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans*Personen eine Anpassung der
408 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu
unterziehen.
409 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch
einen
410 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit
kann
411 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.
412 Wer GRÜN wählt, stimmt für
413 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,
414 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und
Regenbogenfamilien,
415 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der
Geschlechtszugehörigkeit,
416 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

417 **3.6 Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

418 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,
419 Sprachen, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen, müssen
wir stärker
420 gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen vorgehen.
421 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben
diskriminiert
422 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta
verboten. Aber

423 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten
424 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU
muss
425 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker
voranbringen.

426 Rassismus nimmt zu. Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe im öffentlichen Raum
427 angefeindet und angegriffen. Wir stellen uns dem entgegen und streiten für ein
428 demokratisches Miteinander.

429 Durch Antisemitismus im Alltag fühlen sich viele Jüdinnen und Juden in europäischen
Ländern
430 nicht mehr sicher. „Nie wieder“ lautet das Versprechen, dem sich Europa nach dem
Zweiten
431 Weltkrieg und der massenhaften Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas
verpflichtet hat.
432 „Nie wieder“ soll Leitbild für Europas Zukunft sein.

433 Jede Art von Antisemitismus muss bekämpft werden. Der Schutz vor antisemitischer
Gewalt ist
434 eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte nicht auf die Betroffenen abgeschoben
werden. Darum dürfen auch die Kosten für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen von
435 Mitgliedstaaten nicht auf die jüdischen Gemeinden abgewälzt, sondern müssen
436 staatlich
437 finanziert werden.

438 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000
439 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im öffentlichen
Raum
440 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche
441 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.
442 Rechtspopulist*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stellen
uns
443 entschieden an die Seite der Muslim*innen und stellen uns dem Hass gegen sie
entschieden
444 entgegen.

445 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind
Anlaufstellen
446 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung
dieser
447 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

448 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden sie
449 diffamiert und diskriminiert. Diese Diskriminierung ist der Hauptgrund dafür, dass
Menschen
450 mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir begrüßen, dass im
Rahmen
451 des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen auf den Weg
gebracht
452 werden. Die Mittel im Kampf gegen Antiziganismus müssen aber weiter aufgestockt
werden.

453 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern. Hierfür
454 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle
455 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die
Einbindung
456 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können wir
eine
457 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein
458 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und
Gesundheit.
459 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und
aufheben.

460 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im
Internet und
461 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir setzen uns
für
462 eine wirksame europäische Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Hasskommentaren
ein.

463 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 464 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen
Menschen, die
- 465 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
- 466 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit,
- 467 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
- 468 • eine europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung und Verfolgung von
Hasskommentaren
- 469 im Internet.

470 **3.7 Für ein barrierefreies Europa sorgen**

471 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und
gleichberechtigt leben
472 können.

473 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention auch für
die EU-
474 Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung müssen in
allen
475 Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen und in
ihrer
476 Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben
haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen
selbstbestimmt am
478 gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand ausgegrenzt wird. Dafür
müssen
479 Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte und eigenständige

480 Lebensführung muss sichergestellt werden. Erste Schritte sind der europaweit geltende

481 Parkausweis oder der Euroschlüssel, der Menschen mit Behinderung den einfachen
Zugang zu

482 allen Behindertentoiletten im öffentlichen Raum ermöglicht.

483 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von
Waren

484 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien

485 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und

486 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Hierzu ist es unumgänglich, auch
für die

487 Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu formulieren.

488 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt, denn
sie

489 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. International
490 anerkannte Menschenrechte würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die
VN-

491 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung würde auf europäischer
Ebene

492 rechtlich umgesetzt, wie zum Beispiel das Recht auf Zugang zu allen
Bildungseinrichtungen

493 und das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre
Verabschiedung durch

494 die deutsche Bundesregierung blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die
Blockade und für

495 den effektiven Schutz gegen Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

496 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für sich
nutzen

497 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern.
Auch

498 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein
in

499 Deutschland 81.000 Menschen.

500 Wer GRÜN wählt, stimmt für

501 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,

502 • die Ausweitung von Inklusion und Barrierefreiheit,

503 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

504 **3.8. Europas Verbraucher*innen stärken**

505 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher*innen geschützt
werden, und

506 zwar grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich Waren,
Kapital,

507 Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die Menschen in
Europa

508 vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie wissen,
509 was sie konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam geltend
510 machen können.

510 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die
511 Abschaffung der Roaming-Gebühren, das Verbot von Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika,
512 das „Bankkonto für alle“ und ein Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte
513 sind nur einige wenige Beispiele.

514 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die
515 Abgasmanipulationen an VW-Dieselaautos bekannt – welche Ansprüche die Kund*innen geltend machen können, ist
516 aber noch immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher*innen Aufwand und Risiko
517 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer
518 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit für Sammelklagen,
519 bei denen sich Geschädigte zusammenschließen können, sowie Verbandsklagen und
520 Musterfeststellungsklagen müssen daher europaweit eingeführt werden.

521 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der
522 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv.
523 Häufig werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter angeboten.

524 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland
525 seinen Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen.
526 Stattdessen braucht es ein System mit nur einem Ticket für alle Verkehrsträger für die gesamte EU –
527 aus dem portugiesischen Dorf bis an die kroatische Küste oder aus Süditalien nach
528 Lappland, egal ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das Interrailticket soll nur der Anfang sein.

529 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von
530 Lebensmitteln. Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich
531 machen. Es muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für sämtliche
532 Tierprodukte wollen wir eine europäische verbindliche Kennzeichnung nach Haltungs-
533 und Transportbedingungen einführen.

534 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Heute verkaufen
535 Berater*innen oft schlechte Produkte, die ihnen aber eine hohe Provision einbringen.
536 Das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir einen Übergang zu einer qualitativ hochwertigen
537 Beratung auf Basis transparenter Honorare fördern. Beratung muss Anleger*innen den

Weg zu
538 guten Finanzprodukten weisen.

539 Digitale Verbraucherrechte stärken

540 Datenschutz schützt nicht Daten, sondern die Privatsphäre des Menschen. Datenschutz
ist
541 Verbraucherschutz. Vor allem unsere persönlichen Vorlieben und Interessen gehen
niemanden
542 etwas an. Informationelle Selbstbestimmung ist ein zentrales Grundrecht. Aber es ist
gerade
543 in Zeiten der Digitalisierung, der Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu
544 herausgefordert.

545 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche Daten
im Internet
546 preisgegeben, gesammelt und gespeichert werden, das sollen die Betroffenen selbst
547 entscheiden und nicht Internet-Giganten wie Google oder Facebook.

548 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung
(DSVGO) hat
549 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die
550 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als
551 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung
haben.
552 Hierauf können wir aufbauen.

553 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen
554 Kommunikation, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder „smarte“
Assistent*innen
555 wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus auf den Schutz der Privatsphäre hin eingestellt
sind.

556 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden,
damit
557 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Offline-Tracking durch Standortdaten,
558 mit dem zum Beispiel Handys geortet werden, obwohl sie nicht mit dem Internet
verbunden
559 sind, muss verboten werden.

560 Wir setzen uns für verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer
561 elektronischen Kommunikation ein. Hintertüren für die Hersteller oder gar für
Geheimdienste
562 darf es nicht geben.

563 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren
Alltag: So
564 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die
565 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese
Geräte nicht
566 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die
567 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

568 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen
Geräten.
569 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist,
und
570 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke Authentifizierungsmechanismen
bei
571 vernetzten Geräten.

572 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine
573 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann
und die
574 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei
575 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle Hersteller
von
576 Software müssen haften, wenn sie bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

577 Damit unsere Grundrechte wirklich geschützt werden, müssen auch die
Datenschutzbehörden
578 endlich die personellen und finanziellen Mittel bekommen, die sie brauchen, um
unseren
579 Grundrechten flächendeckend zur Geltung zu verhelfen und europaweit
zusammenzuarbeiten.

580 Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im Internet transparent
gekennzeichnet und
581 die Finanzierung offengelegt wird. Versteckte Einflussnahme auf politische
582 Willensbildungsprozesse und Wahlen muss verhindert werden.

583 Produkte nachhaltiger und sicherer machen

584 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder
585 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis
hin zu
586 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir
wegen der
587 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln,
Kosmetika
588 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig
festgestellt.

589 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“
muss so
590 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

591 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher*innen ein teures Ärgernis,
592 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind
langlebige
593 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Wir fordern eine verbindliche
594 europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von
Produkten.

595 Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
596 sicherstellt.

597 Für Software und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange Updates inkl.
598 Sicherheitsupdates zur Verfügung gestellt werden, sowie klare Anforderungen zur

Lebensdauer

599 von Software und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen. Die europäischen
600 Regelungen für
601 die Gewährleistung für Produkte wollen wir an deren Lebensdauer anpassen und auch
602 auf
603 Software ausweiten.

602 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht
603 passt. Für
604 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen
605 einheitlichen und
606 verbindlichen europäischen Standard geben.

605 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 606 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten
607 von
608 Anfang an,
- 608 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer
609 Kommunikation,
- 610 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer
611 Produkte,
- 611 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

612 **3.9 Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

613 Gegen Terrorismus helfen keine Schlagbäume. Stattdessen brauchen wir eine stärkere
614 europäische Kooperation der Sicherheitsbehörden zur Verteidigung unserer Freiheit.
615 Islamistisch und rechtsextrem motivierter Terror greifen unsere europäische
616 freiheitliche
617 Lebensweise und Demokratie an. Dem stellen wir uns mit aller Entschlossenheit
618 entgegen. Wir
619 setzen dabei auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung. Das heißt, anders
620 als
621 die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere Sicherheitskräfte anlasslos
622 jede
623 Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik effektive Abgleiche verhindert. Wir
624 wollen
625 eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine maßlose Politik immer weiter
626 reichender
627 Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr
628 Sicherheit.

622 Europäisches Kriminalamt schaffen

623 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch gefährdet werden, dass die Polizeibehörden der
624 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von
625 Verdächtigen an den
626 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen
627 Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die europäische Polizeibehörde Europol zu einer
628 schlagkräftigen europäischen Polizei nach dem Vorbild des Bundeskriminalamts mit

eigenen
628 Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige Ermittlungsmöglichkeiten
und
629 -befugnisse, um in grenzüberschreitenden Fällen von Terrorismus und organisierter
630 Kriminalität selbst ermitteln zu können. Sie muss Terrorverdächtige,
Mafiaorganisationen,
631 Menschenhandel, aber auch länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und
Rechtsextremisten
632 gezielt überwachen und verfolgen. Dafür muss sie mit ausreichend Ressourcen und
Personal
633 ausgestattet werden.

634 Europaweite Vernetzung der Polizei

635 Um die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-Staaten zu verbessern, wollen wir
ein
636 europaweites Austauschprogramm für Polizist*innen ins Leben rufen. Die
Zusammenarbeit von
637 Polizist*innen in länderübergreifenden Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen
Mitteln
638 aus dem EU-Haushalt fördern. Denn wer gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat,
greift
639 schneller zum Telefon, um seine Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu
640 informieren oder um Rat zu fragen.

641 Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen

642 Auch die Kompetenzen der Europäischen Staatsanwaltschaft müssen auf den Kampf
gegen Terror
643 und organisierte Kriminalität ausgeweitet werden. Bisher ist sie nur für Betrugsfälle mit
644 EU-Geldern zuständig. Wir wollen, dass die Europäische Staatsanwaltschaft künftig
auch
645 Ermittlungsverfahren gegen gewaltbereite Extremist*innen und organisierte Kriminelle
646 einleiten kann, auf deren Grundlage das Europäische Kriminalamt dann ermittelt.

647 Terrornetzwerke aufdecken

648 Um die Finanzierungsquellen von Terrornetzwerken und organisierter Kriminalität
649 auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen
Geldwäsche
650 schaffen. Terrornetzwerke und organisierte Kriminelle agieren grenzüberschreitend. Wir
651 wollen, dass Banken verdächtige Kontobewegungen direkt an die europäische Stelle
melden,
652 anstatt nur ihre nationale Meldestelle zu informieren.

653 Für die Verfolgung von terroristischer und gewaltverherrlichender Propaganda im
Internet
654 braucht es mehr Beamt*innen und spezialisierte Staatsanwält*innen und Richter*innen.
Die
655 momentane Praxis von Europol, Digitalplattformen lediglich auf Basis ihrer allgemeinen
656 Geschäftsbedingungen zur Löschung solcher Inhalte aufzufordern, ist eine Verhöhnung
des
657 Rechtsstaats. Sie bedeutet eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung, führt auch zur
658 Löschung legaler Inhalte und vermeidet die eigentliche Aufgabe der Polizei,

Straftäter*innen
659 dingfest zu machen.

660 Aussteigerprogramme stärken und Waffenrecht verschärfen

661 Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger*innen aus der islamistischen und
662 rechtsextremen Szene wollen wir europaweit stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu
663 verhindern, muss der Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu
einfach,
664 an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle
gefährlichen
665 Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der
Besitzer*innen
666 regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung
und
667 gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

668 Angesichts der Zunahme rechtsextremer Gewalttaten und der Ausbreitung rechten und
669 rechtsextremen Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr
gestärkt
670 werden. Während demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und
ihre Kräfte
671 bündeln, verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

672 Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den
internationalen
673 Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme
auf EU-
674 Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und
675 lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

676 Datenschutz sicherstellen

677 Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in
Berlin,
678 fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und
679 Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos
registriert
680 werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist*innen oder Geschäftsreisende
handelt.

681 Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue
befinden sich im
682 Aufbau.

683 Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht
mit
684 unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige
behandelt
685 werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und
fortlaufend
686 einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose
687 Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal
vom
688 Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen

Anlauf zur
689 europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir
kämpfen
690 weiterhin mit aller Vehemenz gegen die Vorratsdatenspeicherung.
691 Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung
und
692 Verfolgung von terroristischen und extremistischen Gewaltbereiten fehlt. Während die
EU-
693 Staaten Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische
694 Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro für
Ermittlungsteams. Viel zu oft endet deshalb eine Ermittlung oder Überwachung, wenn
ein
695 Gefährder das Land wechselt.
696 Gleichzeitig werden Datenbanken, in denen gezielt Straftäter und Terrorverdächtige
erfasst
697 sind, wie zum Beispiel im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit
nicht
698 richtig genutzt, weil es an Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-
Staaten
700 mangelt. Hier gibt es dringend Änderungsbedarf.
701 Wer GRÜN wählt, stimmt für
702 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams,
703 • mehr Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft im Kampf gegen Terror
und
704 organisierte Kriminalität,
705 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,
706 • eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu gefährlichen Waffen,
707 • die Wahrung von Grundrechten und Datenschutz beim Kampf für mehr Sicherheit.